

Journal, 10.3.17

„Den Geldhahn zudrehen“

„North Dakota Pipeline“-Projekt schlägt Wellen in Luxemburg



Tipis beim „Washington Monument“. Für das umstrittene 3,8 Milliarden Dollar-Projekt fehlt noch der letzte Baubschnitt
Foto: AP

LUXEMBURG Die Fertigstellung einer Pipeline im US-Staat North Dakota im Norden der USA schlägt auch in Luxemburg Wellen: Mehrere Personen, darunter der „déi Lénk“-Politiker Justin Turpel und die etika-Präsidentin Magali Paulus, fordern vom Staat, den Banken, an denen der Staat Anteile hält und vom öffentlichen Pensionsfonds, „jede finanzielle Unterstützung der Dakota Access Pipeline aufzugeben, da diese der Umwelt schadet, Menschenrechte und Rechte indigener Völker verletzt.“ Das von US-Präsident Donald Trump wieder in Gang gesetzte Projekt sieht den Bau einer Pipeline von Frackingbohrstellen in dem US-Staat zu einem Umschlagplatz im 1.900 Kilometer entfernten Illinois vor. Die Pipeline führt nahe am Reservat der Standing Rock Sioux vorbei, der letzte noch offene Rohrabschnitt liegt unter dem Lake Oahe, einem Reservoir des Missouri. Die Standing Rock

Sioux und andere Indianerstämme beführchten Wasserverunreinigungen und eine Verletzung heiliger Stätten.

Insgesamt seien dem Aufruf zufolge 35 Banken an der Finanzierung der Pipeline beteiligt oder stellten Kredite bereit. Zu den Banken, die das Projekt direkt finanzieren, zählt dem Zusammenschluss zufolge die BNP Paribas, an der der Luxemburger Staat beteiligt ist. Auch der öffentliche Pensionsfonds unterstütze die Bau- und Betreiberfirmen durch Anleihen in Millionenhöhe, was keineswegs mit einer nachhaltigen und verantwortlichen Investitionspolitik vereinbar sei. „Das Projekt steht symbolisch für Donald Trumps verantwortungslose Klimapolitik und widerspricht fundamental dem Gedanken der Nachhaltigkeit“, heißt es weiter in dem Schreiben. CB/AP

➔ Der Aufruf kann unter nodapl.lu unterstützt werden